# AGRAR INFO

ZUKUNFTSFÄHIGE LANDWIRTSCHAFT.
NACHHALTIGE ERNÄHRUNG. WELTWEIT.

AGRAR KOORDINATION
Forum für internationale Agrarpolitik e.V.

AUSGABE #01|2025


*Editorial*

## LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

Zum 15. Mal in Folge startete auch dieses Jahr mit der „Wir haben es satt"- Demo anlässlich der Internationalen Grünen Woche in Berlin. Mit der Forderung, endlich eine mutige Agrarpolitik umzusetzen, demonstrierten am 18. Januar 2025 rund 9.000 Menschen aus Landwirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Agrar Koordination war dabei, um ein starkes Zeichen für eine ökologische und gerechte Agrarpolitik zu setzen. Gemeinsam mit über 60 Organisationen forderten wir ein klares Bekenntnis der künftigen Bundesregierung für eine global gerechte Landwirtschaft und Ernährung. Das heißt für uns faire Preise statt Ausbeutung, Agrarökologie statt Pestizide und mehr Vielfalt auf Acker und Teller.

*Von Mireille Remesch*

## Fortschritt statt Stillstand: Warum die Agrar- und Ernährungswende jetzt neuen Schwung braucht

Im vergangenen Jahr ist die Agrar- und Ernährungswende ins Stocken geraten. Die Bauernproteste wurden vor allem darauf reduziert, Bürokratie abzubauen, was am Ende zu Lasten von Klima- und Umweltregelungen innerhalb der Europäischen Agrarpolitik ging. Wichtige Vorhaben zur Umsetzung der Farm-to-Fork Strategie wurden komplett gestrichen, so der EU-Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme (Framework for Sustainable Food Systems, FSFS) und die Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (Sustainable Use Regulation, SUR), mit der das Ziel der 50-prozentigenReduktion bis 2030 gesetzlich verankert werden sollte. In Deutschland konnte die Ampel-Regierung zwar eine Ernährungsstrategie und eine Tierhaltungskennzeichnung auf den Weg bringen, aber viele andere von der Zukunftskommission Landwirtschaft oder der Borchert Kommission vorgelegte Lösungsansätze verblieben in den politischen Schubladen. Insbesondere beim Thema kostendeckende Erzeugerpreise fehlt es bisher an politischem Mut, Rahmenbedingungen am Markt zu etablieren, die dafür sorgen, dass Bäuer*innen ausreichend an Gewinnen in der Wertschöpfungskette beteiligt werden.

Doch wie geht es weiter? Die aktuellen politischen Signale geben wenig Anlass zur Hoffnung. Laut Wahlprogramm der CDU soll die Zulassung von Pestiziden erleichtert, und die Stromstoffbilanz im Düngerecht abgeschafft werden. Und weder politische Rahmenbedingungen für eine Reduktion der Tierhaltung noch eine Stärkung von ökologischen und sozialen Kriterien in der GAP scheinen für die CDU sinnvolle Ziele zu sein. Umso wichtiger ist es, mit klaren Forderungen für eine gerechte und nachhaltige Landwirtschaft einzutreten – und genau das werden wir tun.

### FAIRE PREISE STATT AUSBEUTUNG

Weltweit kämpfen Bäuerinnen und Bauern mit existenzbedrohenden Erzeugerpreisen. Eine aktuelle Studie von Public Eye zu Kaffeelieferketten der Firma Nestlé zeigt, dass Kaffeebäuer*innen weit unterhalb der Produktionskosten bezahlt werden und keine Möglichkeit haben, faire Preise einzufordern.* Das Machtungleichgewicht zwischen Erzeuger*innen und Handel ist enorm, während politische Maßnahmen gegen unfaire Handelspraktiken unzureichend sind und nicht greifen. Zu geringe Preise sind aber seit langem nicht nur ein Thema im globalen Süden, sondern auch hier bei uns sind bäuerliche Existenzen von viel zu geringen Erzeugerpreisen bedroht.

*„Während Verbraucherinnen für Lebensmittel immer höhere Preise zahlen – laut Verbraucherzentrale Bundesverband (VzBv) waren sie 2023 noch 32 % teurer als 2020 – kommt dieses Geld nicht bei den Landwirt*innen an."*

* https://www.publiceye.ch/fileadmin/doc/Agrarrohstoffe/Rapport_cafe/PE_Report-Kaffee_3-24_D_def.pdf

Besonders schlecht steht die Qualitätserzeugung der Biomilch wirtschaftlich dar. Im letzten Jahr haben die Milchpreise nur 81 Prozent der Kosten auf den Biobetrieben gedeckt. Verbraucher*innen, die Biomilch kaufen, tun dies auch im Bewusstsein, etwas für die bäuerlichen Betriebe zu tun. Insgesamt ist diese Entwicklung sehr bedenklich, da immer höhere Anforderungen an landwirtschaftliche Betriebe gestellt werden hinsichtlich Klimaschutz, Tierwohl und Artenvielfalt. Diese Leistungen sind für die Höfe mit höheren Kosten in der Erzeugung verbunden. Gleichzeitig stehen die Betriebe unter Kostensenkungsdruck, weil ihre Produktionskosten nicht am Markt gezahlt werden. Es braucht dringend politische Maßnahmen, um das Ungleichgewicht in der Wertschöpfungskette zu korrigieren und den Betrieben eine verlässliche Perspektive und ein existenzsicherndes Einkommen zu ermöglichen.

*„Faire Preise sind nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Voraussetzung für eine nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft.“*

Neben einer weiteren Qualifizierung der Zahlungen innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU müssen weitere Instrumente politisch umgesetzt werden, um die Bäuer*innen in der Wertschöpfungskette zu stärken und sie bei der Transformation der Landwirtschaft zu unterstützen. Hier muss politisch angesetzt werden, beispielsweise über die Umsetzung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktorganisation und über eine Tierwohlabgabe zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung.

## FAIRE PREISE IN DER LIEFERKETTE – CHANCE FÜR 2025 NUTZEN

Bereits im vergangenen Jahr haben wir uns gemeinsam mit der Initiative „Faire Preise in der Lieferkette“ für eine Preisbeobachtungsstelle und ein Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten eingesetzt. In Ländern wie Spanien und Italien gibt es solche Regelungen bereits – mit Erfolg. Eine Analyse der Deutschen Umwelthilfe zeigt, dass sich die Erzeugerpreise in Spanien nach Einführung eines solchen Verbots stabilisiert haben und über dem EU-Durchschnitt liegen, während sie in Deutschland weiterhin deutlich niedriger sind. Zudem hat sich gezeigt, dass ein Verbot nicht zwangsläufig zu höheren Verbraucherpreisen führt.

Auch Belgien hat 2024 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. In Deutschland wurde ein solches Verbot zwar geprüft, doch das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) sprach sich dagegen aus – unter anderem wegen europarechtlicher Bedenken.
Doch 2025 bietet eine neue Chance: Die EU-Kommission wird Vorschläge zur Überarbeitung der UTP-Richtlinie vorlegen, die verbindliche Grundlagen für das deutsche Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz (AgrarOLkG) schaffen könnten. Zudem bietet die Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) eine weitere Möglichkeit, gesetzlich festzulegen, dass Unternehmen nicht unterhalb der Produktionskosten einkaufen dürfen.

Foto: Fabian Melber/www.wir-haben-es-satt.de

Es bleibt zugleich zu hoffen, dass auch der neue EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Christophe Hansen, ein starkes politisches Signal für faire Preise liefern wird. Er hat für den 19. Februar angekündigt, seine Vision für die Zukunft der Landwirtschaft in Europa vorzustellen. Dabei werden die Ergebnisse aus dem Strategischen Dialog, der mit 29 Akteuren, darunter auch Organisationen der Zivilgesellschaft, erarbeitet wurden, eine Rolle spielen müssen.

Dies könnte auch wieder Schwung in die politische Umsetzung in Deutschland bringen. Aktuell sieht nur das Wahlprogramm der Grünen eine Einführung des Gebots des Einkaufs zu kostendeckenden Preisen sowie eine Verankerung schriftlicher Verträge im AgrarOLkG vor.

## AGRARÖKOLOGIE STATT PESTIZIDE

Seit Jahren nimmt der weltweite Einsatz von Pestiziden weiter zu – mit weitreichenden Folgen für Mensch und Umwelt. Pestizide beeinflussen Ökosysteme auf vielfältige Weise. Sie töten gezielt Schädlinge, verursachen jedoch auch unbeabsichtigte Schäden an anderen Tieren und Pflanzen. Der Rückgang einzelner Arten stört die Nahrungskette und gefährdet weitere Lebewesen. Zudem fördern Pestizide eine Landwirtschaft, die natürliche Lebensräume durch Monokulturen und intensive Anbaumethoden zerstört. Zwischen 1992 und 2022 hat sich der globale Pestizidverbrauch auf über 3,5 Millionen Tonnen verdoppelt. Während die ausgebrachten Mengen in Europa weitgehend konstant bleiben, verzeichnet insbesondere Südamerika einen dramatischen Anstieg. Ein Blick auf Brasilien zeigt die Dimension des Problems: Mit einem Verbrauch von 870.000 Tonnen im Jahr 2022 ist das Land der weltweit größte Anwender von Pestiziden – fast doppelt so viel wie die USA auf Platz zwei.

Der Pestizideinsatz im globalen Süden birgt zudem erhebliche Risiken. Denn in vielen Ländern fehlen strenge Vorschriften für Lagerung, Anwendung und Entsorgung von Pestiziden. Besonders besorgniserregend: Viele der dort eingesetzten Mittel sind

in Europa längst verboten, weil sie als hochgefährlich für Umwelt und Gesundheit gelten. Die Folgen sind alarmierend: Schätzungen zufolge gibt es weltweit jedes Jahr etwa 385 Millionen unbeabsichtigte akute Pestizidvergiftungen, wobei rund 95 Prozent davon in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen auftreten.

*„Mit dieser Doppelmoral muss endlich Schluss sein: Hochgefährliche Wirkstoffe, die hier verboten sind, dürfen nicht in andere Länder exportiert werden.“*

Die Ampel hat ein solches Exportverbot zwar im Koalitionsvertrag vereinbart, konnte sich aber nicht auf eine entsprechende Verordnung einigen.

Deutschland und die EU haben sich innerhalb des Biodiversitätsübereinkommen von Kunming verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Natur und zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung umzusetzen. Dazu zählt auch die Verringerung des Risikos durch Pestizide um mindestens 50 % bis 2030 sowie eine nachhaltige Bewirtschaftung von Agrar-, Aquakultur-, Fischerei- und Forstwirtschaftsgebieten und eine erhebliche Ausweitung von Agrarökologie und anderen biodiversitätsfreundlichen Verfahren. Doch um diesen Verpflichtungen gerecht zu werden, müssen konkrete Maßnahmen folgen – darunter auch ein Verbot des Exports hochgefährlicher Pestizide. Andere Länder haben bereits gehandelt: Frankreich und Belgien haben Gesetze verabschiedet, die den Export verbotener Pestizide untersagen.

## ZUKUNFTSPROGRAMM PFLANZENSCHUTZ: ZIEL BLEIBT, DOCH VERBINDLICHKEIT FEHLT

Fraglich ist auch, wie es mit der innerhalb der Farm-to-Fork-Strategie geplanten Reduktion des Pestizideinsatzes in Europa weitergehen wird. Nachdem die geplante Verordnung (SUR) angesichts des massiven Gegenwinds seitens der Chemikalienindustrie und einiger Mitgliedsländer gescheitert ist, wird es wohl erst einmal keinen neuen Vorschlag seitens der Kommission in Brüssel geben. Dabei besteht auch bei uns Handlungsbedarf:

Eine Studie der Technischen Universität Landau zeigt, dass Pestizide das ganze Jahr über in Ackerböden verbleiben und dort in komplexen Mischungen vorkommen. Ihre kumulative Wirkung auf Bodenlebewesen und Insekten ist kaum vorhersehbar. Fest steht jedoch: In landwirtschaftlichen Gebieten nimmt die Zahl der Insekten dramatisch ab.

Das vom Bundeslandwirtschaftsministerium vorgelegte Zukunftsprogramm Pflanzenschutz hält an seinem Ziel fest, den Pestizideinsatz bis 2030 um 50 Prozent zu senken. Doch konkrete, verbindliche Maßnahmen fehlen, und eine diskutierte Pestizidabgabe wurde vorerst aufgeschoben. Während die Grünen weiterhin für eine solche Abgabe eintreten, fordert die CDU die Abschaffung des gesamten Zukunftsprogramms Pflanzenschutz

## FÜR EINE PESTIZIDFREIE ZUKUNFT

Wir setzen uns dafür ein, hochgefährliche Pestizide durch agrarökologische Alternativen zu ersetzen. Eine umweltfreundliche Landwirtschaft ist möglich – doch sie braucht klare politische Entscheidungen und gezielte finanzielle Anreize.
Damit der Pestizideinsatz wirksam reduziert wird, müssen Landwirt*innen bei der Umstellung unterstützt werden, etwa durch Fördermittel im Rahmen der GAP. Zusätzlich kann eine Pestizidabgabe helfen: Sie verteuert besonders schädliche Wirkstoffe, senkt deren Einsatz und schützt so die Umwelt. Die Einnahmen aus dieser Abgabe könnten gezielt für nachhaltige, nichtchemische Anbaumethoden genutzt werden – ein Gewinn für Natur und Landwirtschaft.

## VIELFALT AUF ACKER UND TELLER

Die Förderung einer stärker pflanzenbasierten Ernährung ist ein zentraler Ansatzpunkt für mehr Klima- und Umweltschutz in unserem Ernährungssystem. Um die Ziele zur Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft auf einen Anteil von 30% zu erreichen, sind sowohl Maßnahmen zur Förderung der Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe als auch Fördermaßnahmen zur Steigerung der Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln notwendig.

*„Die Außer-Haus-Verpflegung kann eine wichtige Basis für landwirtschaftliche Betriebe sein, denn sie bietet eine gewisse Sicherheit für eine verlässliche Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln.“*

Obwohl bereits einige Einrichtungen mit gutem Beispiel vorangehen, ist der Bio-Anteil in vielen Einrichtungen nach wie vor zu gering und der Anteil tierischer Produkte zu hoch. Während es viele positive Beispiele für die Einführung von Bio-Lebensmitteln gibt, ohne dass es zu (massiven) Kostensteigerungen kommt, stellt die Sorge vor steigenden Kosten bei vielen Akteuren ein Haupthindernis für Maßnahmen zur Erhöhung des Bio-Anteils in der Verpflegung dar. Eine wesentliche Voraussetzung für eine kostenneutrale Erhöhung des Anteils an Bio-Lebensmitteln ist die Reduktion des Einsatzes tierischer Lebensmittel.

Die Ernährungsstrategie der Bundesregierung setzt für die Gemeinschaftsverpflegung grundsätzlich die richtigen Ziele, es braucht jedoch eine verstärkte politische Unterstützung – auch auf kommunaler und Landes- Ebene, um eine flächendeckende Umsetzung sicherzustellen.

## STEUERN FÜR EINE NACHHALTIGE ERNÄHRUNG REFORMIEREN

Um eine gesunde und nachhaltige Ernährung für alle zugänglich zu machen, müssen steuerliche Anreize angepasst werden. Der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ empfiehlt eine Neuausrichtung der Mehrwertsteuer: Unverarbeitetes und tiefgefrorenes Bio-Obst und -Gemüse, Hülsenfrüchte, Nüsse, Vollkorngetreide sowie Mineralwasser sollten von der Mehrwertsteuer befreit werden.

Für pflanzliche Milchalternativen wie Hafermilch sollte der Satz auf 7 % gesenkt werden. Gleichzeitig wäre eine höhere Mehrwertsteuer auf konventionell produziertes Fleisch sinnvoll – ergänzend oder alternativ zur Tierwohlabgabe. So ließe sich der Umbau der Tierhaltung finanzieren und eine Reduktion des Fleischkonsums fördern.

Eine aktuelle Studie von Wissenschaftlern der Oxford Universität und des Thünen-Instituts für Marktanalyse weist auf den Nutzen einer entsprechenden Anpassung der Mehrwertsteuersätze hin. Dies würde sich in Deutschland positiv auf ernährungsbedingte Krankheiten, Umwelt, Konsum und Steuereinnahmen auswirken.*

## ESSEN MIT ZUKUNFT – GLOBAL GERECHT!

Im Rahmen der Internationalen Agrarminister*innen-Konferenz (GFFA) haben wir unsere Vision einer zukunftsfähigen Landwirtschaft in einer gemeinsamen Protestnote an Minister Cem Özdemir übergeben. Unter dem Motto „Bioökonomie nachhaltig gestalten“ diskutierte die Konferenz Chancen und Risiken. Doch wir warnen davor, dass der globale Biomasse-Boom Ungleichheiten verschärfen wird – deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich konsequent für die Rechte von Bäuerinnen und marginalisierten Gruppen weltweit einzusetzen.

**Protestnote**
https://agrarkoordination.de/media/protestnote_baeuerinnen_und_bauern_vor_konzerninteressen.pdf

* https://www.thuenen.de/de/newsroom/detail/mehrwertsteuer-als-hebel-fuer-nachhaltige-ernaehrung

## UNSERE ARBEITSSCHWERPUNKTE IN 2025

**Food for Future: Impulse für ein nachhaltiges Ernährungssystem**

- Nachhaltige Außer-Haus-Verpflegung: Gemeinsam mit Kitas und Schulen fördern wir den Einsatz pflanzlicher und ökologischer Lebensmittel, um gesunde Ernährung für Kinder zu ermöglichen und die ökologische Landwirtschaft zu stärken.
- Faire Preise & Anreize: Wir setzen uns für kostendeckende Preise für Landwirt*innen sowie finanzielle Anreize für nachhaltige Produktion und Konsum ein. Durch Bildungsarbeit und politische Initiativen zeigen wir Wege auf, wie ein gerechter Wandel möglich ist.

**Fisch ohne Zukunft:**
**Handlungsbedarfe für einen nachhaltigen Fischkonsum**

- Strengere Regulierung der Fischerei: Wir setzen uns für verbindliche politische Maßnahmen ein, um industrielle Überfischung einzudämmen und Sorgfaltspflichten für Unternehmen durchzusetzen.
- Reduzierter Fischkonsum in Kantinen: Gemeinschaftsverpflegung kann eine Vorreiterrolle spielen, indem sie den Fischverbrauch senkt und nachhaltige Alternativen fördert.
- Aufklärung und Bewusstseinswandel: Durch Bildungs- und , Informationsarbeit schaffen wir Bewusstsein für die globalen Auswirkungen unseres Fischkonsums.

AUTOR*IN
**Mireille Remesch** ist Fachjournalistin (FJS), MSc Agricultural Sciences in the Tropics and Subtropics und arbeitet als Referentin für Agrarpolitik bei der Agrar Koordination.

IMPRESSUM
Agrar Koordination • Forum für internationale Agrarpolitik e. V.
Nernstweg 32 • 22765 Hamburg
info@agrarkoordination.de • **www.agrarkoordination.de**
V.i.S.d.P & Redaktion: Mireille Remesch, Julia Sievers
Gestaltung: Nina Weinrebe, Katika Design
Druckerei: dieUmweltDruckerei GmbH

SPENDENKONTO
Forum für Internationale Agrarpolitik (FIA) e. V.
GLS Bank: IBAN DE 29 4306 0967 2029 5635 00

„Iss was?“ - Der Podcast für mehr Wissen über Ernährung, Gesundheit und Klima:
**www.agrarkoordination.de/informieren/podcast/**

VIELEN DANK AN UNSERE FÖRDERER